

Samstag, 01. Juli 2023, Öffentlicher Anzeiger, Seite 20

Mit Protest: Rat erlässt Baum- schutzsatzung

Von Harald Gebhardt



Erhitzte Gemüter in einer turbulenten und hochemotionalen Debatte: Einigung auf einen Stammumfang von einem Meter

Bad Kreuznach. Es ist geschafft, war aber eine schwere Geburt: Nach jahrelangem Streit und im x-ten Anlauf ist es dem Stadtrat endlich gelungen, eine Baumschutzsatzung für Bäume auf Privatgrundstücken im Bad Kreuznacher Stadtgebiet, die keine Nutzbäume sind, zu beschließen.

Die Diskussion darüber verlief turbulent, wurde hochemotional geführt. Zeitweise drohte sie sogar, komplett aus dem Ruder zu laufen, und strapazierte die Nerven sowohl der Zuhörer als auch der Stadratsmitglieder bis aufs Äußerste. Nach insgesamt vier Änderungsanträgen von Grünen, Fairer Liste/Büfep, der CDU und der Linken rang sich der

Rat schließlich zu einer Schutzsatzung durch. Im Vergleich zur Beschlussvorlage der Verwaltung, auf die sich der Fachausschuss (Stadtplanung, Bauwesen, Umwelt und Verkehr, kurz PLUV) verständigt hatte und die einen Schutz ab einem Stammumfang von 1,20 Meter vorsah, sieht dies die jetzt mit großer Mehrheit (28 Ja, zehn Nein, zwei Enthaltungen) beschlossene Satzung ab einem Umfang von einem Meter vor.

Doch der Reihe nach: Berichterstatter Hermann Bläsius (Grüne) war von der Beschlussvorlage aus dem PLUV (die die Grünen nicht mitgetragen hatten) wenig überraschend wenig angetan: Ein Schutz ab einem Stammumfang von 1,20 Metern sei eine „Kuriosität“. „Das gibt's in ganz Deutschland nicht. Bad Kreuznach macht sich lächerlich damit“, schwante ihm. Folgerichtig stellte seine Fraktionskollegin Annette Thiergarten den Änderungsantrag, Bäume schon ab einem Umfang von 80 Zentimetern zu schützen – auch angesichts des Klimawandels. Ein erster Kompromiss, den, wie die Grünen andeuteten, auch sie bereit seien mitzugehen, zeichnete sich ab, als Mirko Helmut Kohl (CDU) erklärte, „1,20 Meter ist definitiv zu viel“. Deshalb könne seine Fraktion den Kompromiss von einem Meter mitgehen, so der CDU-Änderungsantrag. Denn: „Wichtig ist, dass wir eine Baumschutzsatzung bekommen.“ Auch für Herbert Drumm (Freie Wähler) sind 1,20 Meter ein No-Go, sprach er sich ebenfalls für 80 Zentimeter aus und erntete dafür prompt Applaus von den Zuschauerrängen.

Bedenken hatte dagegen zunächst die SPD-Fraktion, die dem Änderungsantrag der Grünen nicht folgen könne, denn man dürfe nicht außer Acht lassen, dass dies ein Eingriff ins Eigentumsrecht der Grundstückseigentümer sei, so Björn Wilde. Man würde aber die 1,20 Meter mittragen. Die schärfste Kritik kam von FDP-Mann Werner Lorenz, der sich kaum beruhigen konnte und in der Debatte auch wiederholt dazwischen rief. Er sei ein „absoluter Fan von Bäumen“, der schon mehr Bäume gepflanzt habe, als alle anderen in diesem Raum zusammen. „Was hier diskutiert wird, ist aber ein Eingriff ins Eigentum.“ Das sei „unanständig“, eine solche Gängelung der Eigentümer eine „Unmöglichkeit“. Auch Jörg Fechner (AfD) kritisierte, dass man damit noch ein Instrument habe, mit dem man den Leuten ins Privatleben hineindirigiere. Der Bürger werde wieder gängelt.

Ähnlich, wenngleich nicht ganz so scharf wie Lorenz, äußerte sich Wilhelm Zimmerlin. „Baumschutzsatzung ist Mainstream; es ist schwierig, dagegen eine kritische Meinung zu äußern“, so der Büfep-Stadtrat. „Ich pflege meine Bäume auch ohne Baumschutzsatzung.“ Er sei fest davon überzeugt, dass es so auch den anderen privaten Grundstücksbesitzern gehe. Die „echten Probleme“ sehe er bei Bäumen auf öffentlichem Gebiet und bei Flächen, die von Investoren bebaut werden. Was Grundstücksbesitzer nicht bräuchten, seien zwei Dinge: eine ständige Erhöhung der Grundsteuer und eine Baumbürokratie. Die Fraktion Büfep/Faire Liste beantragte daher, Bäume auf Privatgärten unter 800 Quadratmetern davon auszunehmen. Dann wäre man sogar bereit, die 80 Zentimeter Umfang zu akzeptieren. Er glaube, das wäre ein „fairer Kompromiss“.

Der vierte Änderungsantrag kam von Bianca Steimle (Linke). Sie forderte auch die in der

Satzung ausgenommenen Fichten, Tannen, Douglasien, weil es um den Klimaschutz gehe und auch diese Bäume CO2 speichern. „Also langsam wird's kompliziert“, kommentierte das Oberbürgermeister Emanuel Letz. „Wir haben jetzt schon wieder die gleiche Diskussion und schon wieder vier Anträge“, mahnte Günter Meurer (SPD). Und was sei passiert? „Jeder will eine Baumschutzsatzung, aber wir haben keine Mehrheit.“ So weit kam es diesmal nicht. Sein Appell, jetzt endlich eine Bauschutzsatzung zu verabschieden, fruchtete. Steimle und Zimmerlin zogen schließlich ihre Änderungsanträge zurück.

„Jetzt noch mal zur Ruhe, bevor Herr Kohl hier gleich mit einem Herzinfarkt umkippt.“

Oberbürgermeister Letz versuchte, die erhitzten Gemüter zu beruhigen.

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.